Deutscher Bundestag
9. Wahlperiode

Drucksache 9/1089
27. 11. 81

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 2. Dezember 1981
am Donnerstag, dem 3. Dezember 1981

Verzeichnis der Fragesteller

Abgeordneter	*Nummer der Frage*
Frau Benedix-Engler (CDU/CSU)	2, 3
Berger (Lahnstein) (CDU/CSU)	19
Breuer (CDU/CSU)	53, 54
Broll (CDU/CSU)	51, 52
Catenhusen (SPD)	57
Collet (SPD)	13, 14
Daweke (CDU/CSU)	38, 39
Dr. Diederich (Berlin) (SPD)	46, 47
Dörflinger (CDU/CSU)	109, 110
Dolata (CDU/CSU)	65, 66
Eigen (CDU/CSU)	93, 98
Dr. Enders (SPD)	27, 28
Eymer (Lübeck) (CDU/CSU)	105
Dr. Feldmann (FDP)	61, 97
Fischer (Hamburg) (CDU/CSU)	44, 45
Francke (Hamburg) (CDU/CSU)	18
Dr. Friedmann (CDU/CSU)	15, 16
Frau Fromm (FDP)	29, 30
Gilges (SPD)	48, 83
Haase (Fürth) (SPD)	35, 36
Dr. Hennig (CDU/CSU)	4
Herberholz (SPD)	108
Herkenrath (CDU/CSU)	99, 100
Dr. Hornhues (CDU/CSU)	59, 60
Dr. Hubrig (CDU/CSU)	76
Dr. Hupka (CDU/CSU)	41, 77
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	62, 71
Dr. Jahn (Münster) (CDU/CSU)	84, 85
Jaunich (SPD)	91, 92
Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU)	111, 112
Kirschner (SPD)	73, 74
Dr. Kübler (SPD)	72, 96
Dr. Kunz (Weiden) (CDU/CSU)	1, 40
Lambinus (SPD)	81
Dr. Lammert (CDU/CSU)	55, 90
Dr. Langner (CDU/CSU)	86, 87
Dr. Laufs (CDU/CSU)	67, 68
Frau Dr. Lepsius (SPD)	106, 107
Lutz (SPD)	31, 32
Meinike (Oberhausen) (SPD)	58
Michels (CDU/CSU)	94, 95
Dr. Miltner (CDU/CSU)	49, 50
Milz (CDU/CSU)	42, 43
Dr. Möller (CDU/CSU)	69, 70
Nelle (CDU/CSU)	10
Neumann (Bramsche) (SPD)	78, 79
Pauli (SPD)	12
Poß (SPD)	7, 82
Purps (SPD)	8, 9
Rapp (Göppingen) (SPD)	103, 104
Rossmanith (CDU/CSU)	37
Frau Schmidt (Nürnberg) (SPD)	33, 34
Schreiner (SPD)	80
Sielaff (SPD)	25, 26
Dr. Freiherr Spies v. Büllesheim (CDU/CSU)	101, 102
Dr. Spöri (SPD)	11
Spranger (CDU/CSU)	20, 21
Dr. Sprung (CDU/CSU)	88, 89
Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	115
Dr. Struck (SPD)	63, 64
Thüsing (SPD)	56, 75
Dr. Voss (CDU/CSU)	113, 114
Weirich (CDU/CSU)	5, 6
Weiß (CDU/CSU)	22, 23
Wimmer (Neuss) (CDU/CSU)	24
Dr. Wörner (CDU/CSU)	17

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

1. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Gibt es neue, in der Praxis anwendbare Techniken zur wesentlichen Reduzierung des Volumens der in Kernkraftwerken gelagerten leicht- und mittelradioaktiven Abfällen, wie z. B. die Veraschung, und wie wird diese von der Bundesregierung bewertet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

2. Abgeordnete **Frau Benedix-Engler** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft empfohlen hat, die 15 teilige sowjetisch-amerikanische Fernsehserie „Der unvergessene Krieg" an Schulen vorzuführen, und heißt das, daß er sie für geeignet hält, die Enkel der Kriegsgeneration ein so schwerwiegendes Stück Zeitgeschichte nacherleben zu lassen?

3. Abgeordnete **Frau Benedix-Engler** (CDU/CSU)

Billigt die Bundesregierung gegebenenfalls die Empfehlung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft, und wenn ja, bedeutet dies, daß sie den Film, der erwiesenermaßen keinen Anspruch auf Objektivität erheben kann, für geeignet hält, der jungen Generation wieder ein ungebrochenes Verhältnis zur deutschen Geschichte zu vermitteln und die bedrohlichen Verständigungsschwierigkeiten zwischen den Generationen beheben zu helfen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

4. Abgeordneter **Dr. Hennig** (CDU/CSU)

Welche Zusammenhänge sieht die Bundesregierung zwischen der Asylproblematik und außen- bzw. entwicklungspolitischen Aspekten, und ist die Bundesregierung in der Tat bereit, wie das im Auslandskurier 10/81, Seite 6, aufgeführt wird, die Entwicklungshilfe für Länder, aus denen überdurchschnittlich viele Asylbewerber kommen, einfach zu erhöhen, ohne zu prüfen, auf welche sonstige Weise ein solcher Zustrom gesteuert bzw. vermindert werden könnte?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

5. Abgeordneter **Weirich** (CDU/CSU)

Welche Vorstellung hat der Bundesforschungsminister im Rahmen der Sparmaßnahmen der Bundesregierung, einen Abbau der Steuerbegünstigung für Mineralöl bei Verwendung für Forschungszwecke im Interesse der Verwaltungsvereinfachung und der Einsparung entsprechend den Vorschlägen des Bundesrechnungshofs in die Wege zu leiten?

6. Abgeordneter **Weirich** (CDU/CSU)

Warum soll eine Steuerbefreiung für Mineralöl für Forschung und Entwicklung gewährt werden, wenn dieser Tatbestand überhaupt nicht überprüft werden kann, wie der Bundesrechnungshof in seinen Bemerkungen feststellt, und was hat der Bundesforschungsminister unternommen, um diese Mißstände abzubauen?

7. Abgeordneter **Poß** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit der Einführung einer Gewerbesteuer für Freiberufler?

8. Abgeordneter **Purps** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welcher Höhe ausgleichsberechtigte Länder im Länderfinanzausgleich eigene Einnahme- und Steuerquellen (z. B. Förderzins, sog. Bohrlochsteuer) nicht in vollem Umfang ausschöpfen?

9. Abgeordneter **Purps** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung eine Änderung der jetzt geltenden gesetzlichen Regelung des Steuerkraftausgleichs dahin gehend, daß nicht ausgeschöpfte Einnahme- und Steuerquellen als Negativsaldo bei der Berechnung des Ausgleichsbetrags in Ansatz gebracht werden?

10. Abgeordneter **Nelle** (CDU/CSU)

Sind der Bundesregierung, außer der geplanten Reduzierung der Ausbildungsplätze bei dem bundeseigenen Stahlunternehmen P + S AG in Peine um mehr als 25 v. H., weitere Fälle bekannt, in denen bei bundeseigenen Unternehmen oder Unternehmen mit Bundesbeteiligung ähnliche Ausbildungsreduzierungen erwogen werden?

11. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Wird die Bundesregierung aus ihren Antworten auf die Fragen 82 und 83 der Fragestunde am 25./26. November 1981 auch dahin gehende Konsequenzen ziehen, daß sie einen Gesetzentwurf zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes vorlegt, der die Einnahmen aus dem Förderzins bei der Ausgleichsbemessung im Rahmen des Länderfinanzausgleichs berücksichtigt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

12. Abgeordneter **Pauli** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Anteil der durch die Betriebe des öffentlichen Personennahverkehrs unentgeltlich zu befördernden behinderten Fahrgäste vielerorts weit über 10 v. H. der Gesamtbeförderung angewachsen ist, und was gedenkt die Bundesregierung angesichts der Tatsache zu tun, daß die Erstattungsbeiträge von zur Zeit 2,99 v. H. in Rheinland-Pfalz die tatsächlichen Kosten bei weitem nicht mehr decken?

13. Abgeordneter **Collet** (SPD)

Wieviel Überstunden wurden in der Bundesrepublik Deutschland 1972, 1979 und 1980 in der Industrie, im privaten Dienstleistungsbereich und im öffentlichen Dienst in jedem der drei Bereiche geleistet?

14. Abgeordneter **Collet** (SPD)

Wann wird die Bundesregierung einen Gesetzentwurf zur Änderung der auf der 48 Stundenwoche basierenden Arbeitszeitordnung (AZO) von 1938 vorlegen zur Anpassung dieser AZO an die heute nahezu überall gültige 40 Stundenwoche, um auch auf diese Weise der berechtigten Kritik der Arbeitslosen und ihrer Gewerkschaften am Überstundenwesen Rechnung zu tragen?

15. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Was kostet ein Arbeitsloser (einschließlich der Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung) auf der Grundlage der durchschnittlichen Ist-Zahlen des Jahrs 1981?

16. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Wie hoch sind die für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen veranschlagten Beträge Dritter, und welche Ansätze sind dafür im Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit in den Jahren 1981 und 1982 vorgesehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

17. Abgeordneter **Dr. Wörner** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung Form und Inhalt der Erklärung des Sprechers des Bundesverteidigungsministeriums vom 5. November 1981, in der dieser dem Abgeordneten des Deutschen Bundestages Würzbach „rein parteipolitische Wichtigtuerei" vorgeworfen und Politikern der CDU „kleinliches parteipolitisches Gezänk" unterstellt hat, mit der im Soldatengesetz verankerten Pflicht des Soldaten zu parteipolitischer Zurückhaltung für vereinbar?

18. Abgeordneter **Francke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es nicht Aufgabe eines Soldaten sein kann, die Äußerungen eines Bundestagsabgeordneten parteipolitisch zu qualifizieren?

19. Abgeordneter **Berger (Lahnstein)** (CDU/CSU)

Wie will die Bundesregierung zukünftig verhindern, daß Soldaten auf diese Weise in parteipolitische Auseinandersetzungen einbezogen werden?

20. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Wieviel zusätzliche Flugbewegungen, insbesondere Tiefflüge, werden durch die in der Bundesrepublik Deutschland notwendige Ausbildung und Übung mit dem neuen besonders für den Tiefflugeinsatz konzipierten Kampfflugzeug MRCA Tornado anfallen, und welche Vorkehrungen hat die Bundesregierung zur Verringerung der dadurch eventuell für die Bevölkerung entstehenden Lärmbelastung getroffen?

21. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Zu welchen konkreten, den Fluglärm mindernden, Ergebnissen haben die von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion zur Bekämpfung des Fluglärms vom 7. Februar 1980 unter Nummer 3.3 angeführten Bemühungen um die Entwicklung lärmarmer Triebwerke auch für Militärmaschinen beim Flugzeugtyp MRCA Tornado geführt, und zu welcher Fluglärmverminderung bei Tiefflügen wird dies führen?

22. Abgeordneter **Weiß** (CDU/CSU)

Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen ihren Aussagen, daß einerseits eine lückenlose Überwachung der einzelnen Tiefflugbewegungen von Militärflugzeugen technisch nicht möglich sei sowie die vor etwa zwei Jahren bereits angekündigten Untersuchungen zur Erstellung exakter Übersichten über eventuelle Häufung von Tiefflügen in bestimmten Gebieten noch nicht abgeschlossen seien, und ihren Feststellungen andererseits, daß Tiefflüge in bestimmten Gebieten dort nur nach den geltenden Bestimmungen durchgeführt würden sowie die Fluglärmbelastung einzelner Gebiete derjenigen in vielen anderen Regionen der Bundesrepublik Deutschland vergleichbar sei?

23. Abgeordneter **Weiß** (CDU/CSU)

Wieviel zusätzliche Flugstunden von Militärmaschinen insgesamt müssen, etwa durch die infolge Mittelknappheit erzwungene Kürzung von Auslandstrainigsprogrammen, in diesen und in den nächsten Jahren in der Bundesrepublik Deutschland zusätzlich geflogen werden?

24. Abgeordneter **Wimmer (Neuss)** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Bundesverteidigungsminister während der Kommandeurstagung der Bundeswehr in Ingolstadt am 27. Oktober 1981 auf die Frage eines Generals der Kampftruppen, der unter anderem sagte, „Sie haben aber gar kein Wort davon gesagt, daß natürlich dieses Thema (Friedensbewegung) auch von außen, von Moskau gesteuert wird, . . .“, sich wie folgt u. a. geäußert hat, „. . . Ich bin davon überzeugt, daß die politische Infrastruktur, auch die organisatorische Infrastruktur, sicherlich auch finanzielle Mittel aus Moskau kommen. Ich bin auch davon überzeugt, daß man im Kreml dieses alles mit einem gewissen Wohlwollen betrachtet. Nur den Erfolg dieser Operation, den hat Moskau nicht gemacht . . . Saldenstrich: Die Moskoviter, die tun viel – und die Gleichzeitigkeit und die Gleichförmigkeit der Demonstrationen in den verschiedenen Hauptstädten Westeuropas spricht für sich . . .“?

25. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Entsprechen der Ablauf der ersten Gelöbnisfeiern der Bundeswehr in Industriebetrieben und die Rede des Kommandeurs der Heimatschutzbrigade 54 auf der Gelöbnisfeier in Rockenhausen, in der die Friedensbewegung als „schreiende Meuten von Gewaltdemonstranten“ bezeichnet wurde, die den Staat und die Sicherheit in Frage stellen und die Drahtzieher seien, die in Wirklichkeit die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wollen (s. Frankfurter Rundschau vom 25. November 1981), den Vorstellungen des Bundesverteidigungsministers, mit dieser Art der Gelöbnisfeiern eine neue Begegnungsform zwischen Wehrpflichtigen und Arbeitnehmern gefunden zu haben und damit die Verbundenheit der Soldaten mit den arbeitenden Menschen zu stärken?

26. Abgeordneter **Sielaff** (SPD)

Stimmen diese Äußerungen des Oberst Loch, Kommandeur der Heimatschutzbrigade 54, auf der Gelöbnisfeier am 24. November 1981 bei der Firma Keiper in Rockenhausen mit den Auffassungen des Bundesverteidigungsministeriums überein?

27. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Wie hoch sind die Kosten, die die Widerspruchskammern bei den Wehrbereichsverwaltungen verursachen?

28. Abgeordneter **Dr. Enders** (SPD)

Sind diese Kosten gerechtfertigt, da die Entscheidungen der Widerspruchskammern nur in rund 8 v. H. der Fälle zugunsten der Widersprüche der Wehrpflichtigen ausfallen und somit kaum von den vorherigen Entscheidungen der Kreiswehrersatzämter abweichen?

29. Abgeordnete **Frau Fromm** (FDP)

Inwieweit treffen Presseberichte (Stern vom 12. November 1981) zu, in denen behauptet wird, die Bundeswehr habe neben den Mobvorräten noch 600 Millionen Liter Treibstoff als „Krisenpolster für Friedenszeiten" und 350 Millionen Liter als „Bewirtschaftungsvorrat", sie schwimme geradezu in Benzin und die Lagerung koste allein 24,8 Millionen DM jährlich?

30. Abgeordnete **Frau Fromm** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung gegebenenfalls diesen Vorgang haushaltsrechtlich und politisch vor allem auch im Hinblick auf frühere Katastrophenmeldungen z. B. vom Generalinspekteur Brandt (Spiegel vom 6. April 1981) wegen angeblich unzureichender Treibstoffversorgung, der Absage oder Einschränkung von Manövern und der Nachbewilligung von 155 Millionen DM?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

31. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

In wieviel Jahren spätestens wird eine schwächer belastete Bundesbahnstrecke praktisch unbefahrbar sein, wenn auf ihr nur noch die „Kleinstunterhaltung" gemäß HVB (Hauptvorstand Bundesbahn)-Verfügung vom 28. September 1981 vorgenommen wird, und wieviel Streckenkilometer werden davon in Bayern betroffen sein?

32. Abgeordneter **Lutz** (SPD)

Wenn durch den „Kleinstunterhalt" gemäß HVB (Hauptvorstand Bundesbahn)-Verfügung vom 28. September 1981 die Strecke in den Zustand versetzt ist, daß die Betriebssicherheit nicht mehr gewährleistet werden kann, welche Stelle verfügt dann die endgültige Streckenstillegung, und in welchem Umfang wird vorher der Bahnbetrieb bei nur noch bedingt vorhandener Betriebssicherheit gefahren?

33. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Wieviel Streckenkilometer, die erst in den letzten zehn Jahren modernisiert worden sind, werden in Bayern demnächst durch einen Investitionsstopp gemäß HVB (Hauptvorstand Bundesbahn)-Verfügung vom 28. September 1981 gezielt in den Zustand der nicht mehr vorhandenen Betriebssicherheit geführt, und wie hoch dürfte sich der daraus ergebende Investitionsfehlaufwand belaufen?

34. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Sind die durch HVB (Hauptvorstand Bundesbahn)-Verfügung vom 28. September 1981 vorentschiedenen grundsätzlichen Einschränkungen im Streckennetz der Deutschen Bundesbahn (DB) mit den Gebietskörperschaften abgestimmt worden, und hat der Vorstand der DB den Gebietskörperschaften Alternativvorschläge zum weiteren vollen Unterhalt der Strecken unterbreitet?

35. Abgeordneter **Haase (Fürth)** (SPD)

Hält die Bundesregierung es für vertretbar, daß festgeschriebene Planungen für das Erweiterungsnetz der S-Bahn Nürnberg durch eine Anordnung der Bundesbahndirektion Nürnberg vom 1. Oktober 1981 über die Reduzierung von Reparaturarbeiten bis faktisch Null auf 25 v. H. des Streckennetzes in Nordbayern außer Kraft gesetzt werden?

36. Abgeordneter **Haase (Fürth)** (SPD)

Hält es die Bundesregierung mit den von ihr festgestellten Grundsätzen über den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) für vereinbar, daß Züge in diesem Verkehr zur Hauptverkehrszeit nicht an Bahnhöfen, die für den ÖPNV-Verkehr erst vor kurzem ausgebaut wurden, halten?

37. Abgeordneter **Rossmanith** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Fahrpreisermäßigung für kinderreiche Familien bei der Deutschen Bundesbahn für Fahrten mit Bussen der Deutschen Bundesbahn keine Gültigkeit haben und daß Kinder aus kinderreichen Familien, die im Besitz eines entsprechenden Ausweises sind, hier keine Fahrpreisermäßigung erhalten und bejahendenfalls, ist die Bundesregierung bereit, hier eine Gleichstellung für Bahn und Busse herbeizuführen?

38. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Treffen Informationen zu, daß die Deutsche Bundesbahn zum Fahrplanwechsel im Mai 1982 den Schienennahverkehr im Raum Ostwestfalen-Lippe noch weiter einschränken will?

39. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Wenn ja, welche Strecken sind konkret von solchen Planungen betroffen?

40. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Inwieweit treffen Presemeldungen zu, daß die Deutsche Bundesbahn erneut plane, die Auslastung von DB-Schienenstrecken zu überprüfen mit dem Ziel, gegebenenfalls das vorgeschriebene Verfahren zur Verlagerung oder Einstellung des Personenverkehrs einzuleiten, insbesondere für die DB-Strecken Bayreuth – Kirchenlaibach, Kirchenlaibach – Weiden, Bayreuth – Weidenberg, Weiden – Floß, Wiesau – Waldsassen bzw. Wiesau – Tirschenreuth?

41. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Welches sind die Gründe dafür, daß in einem Werbeprospekt der Deutschen Bundesbahn „Städte-Touren 1981/82" Städte wie Kopenhagen, Brüssel, Luxemburg, Straßburg, Venedig und Prag mit den uns geläufigen deutschen Namen angeführt werden, während Breslau zuerst mit der polnischen dann mit der deutschen Bezeichnung in Klammern angeführt wird?

42. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist es üblich, daß die offizielle Freigabe eines Teilstücks einer Bundesautobahn durch den Bundeswirtschaftsminister vollzogen werden kann?

43. Abgeordneter
Milz
(CDU/CSU)

Wer ist im allgemeinen berechtigt, die offizielle Verkehrsfreigabe von neu fertiggestellten Bundesautobahnen oder dessen Teilabschnitte vorzunehmen, oder sind inzwischen die Verkehrsübergaben so zahlreich geworden, daß andere Mitglieder der Bundesregierung in Vertretung für den Bundesverkehrsminister bei solchen Verkehrsübergaben offiziell mitwirken?

44. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)

Warum ist der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr, Mahne, nicht in der Lage, meine konkret gestellten Fragen nach dem Zeitpunkt der Kenntnisnahme von den fragwürdigen Markterschließungspraktiken der Deutschen Lufthansa durch Staatssekretär Ruhnau konkret zu beantworten?

45. Abgeordneter
Fischer
(Hamburg)
(CDU/CSU)

Aus welchen Gründen hat er diese Fragen sowohl in der Fragestunde am 21. Oktober 1981 als auch in seiner Antwort vom 10. November 1981 auf meine schriftliche Frage nur ausweichend und zum Teil überhaupt nicht beantwortet, auf der anderen Seite aber meine Aussagen über den Zeitpunkt der Kenntnisnahme von dem oben genannten Sachverhalt durch Staatssekretär Ruhnau – spätestens seit 1977 muß Ruhnau als Mitglied des Lufthansa-Aufsichtsrats über die offensichtlich überhöhten Provisionszahlungen der Deutschen Lufthansa an Herrn Przdeborski informiert gewesen sein – und die daran anknüpfenden personalpolitischen Überlegungen auch bei keiner Gelegenheit klar dementiert?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

46. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)

Wieviel illegale Radio- bzw. Fernsehsender („Piratensender", die Hörfunk- bzw. Fernsehprogramme verbreiten) gibt es derzeit im Bereich der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin (West), einschließlich solcher Sender, die außerhalb der Grenzen gezielt auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ausstrahlen, und wie ist die Entwicklung der letzten Jahre?

47. Abgeordneter
Dr. Diederich
(Berlin)
(SPD)

Wie hoch ist die Zahl der von der Fahndung der Deutschen Bundespost entdeckten Stationen, und wieviel Verurteilungen mit welchen Strafen auf Grund des Fernmeldeanlagengesetzes hat es gegeben?

48. Abgeordneter
Gilges
(SPD)

Kann die Bundesregierung die Gründe mitteilen, weshalb die von der rechtsradikalen Deutschen Volksunion herausgegebene und im Verfassungsschutzbericht 1980 erwähnte Zeitung „Deutscher Anzeiger" den Postbediensteten im Postamt 1 (Hauptpost Köln) auf einem Tisch vor der Glaskabine des Aufsichtsbeamten der Dienststelle III/1 zur Mitnahme ausliegen?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

49. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)	Treffen Pressemeldungen zu, daß der Präsident des Bundesnachrichtendienstes bei einer Besprechung mit Mitarbeitern seines Hauses sein Verhalten in der Sache Rauschenbach erläuterte und anschließend bei einer von ihm selbst veranlaßten Abstimmung erfuhr, daß mehr als drei Viertel dieser Mitarbeiter seinem Verhalten nicht zustimmten?
50. Abgeordneter **Dr. Miltner** (CDU/CSU)	Wieweit sind Berichte zutreffend, daß der Präsident des Bundesnachrichtendienstes einem Mitarbeiter seines Hauses, der im Verdacht stand, ihm einen Drohbrief geschickt zu haben, das Angebot machte oder machen ließ, er werde ihm eine Stelle in einem Bonner Bundesministerium verschaffen, wenn er nur durch ein Geständnis Klarheit über die Drohung schaffe?
51. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)	Wie lassen sich die wegen des Vorwurfs, Kontakte zu Mitgliedern des Deutschen Bundestags gehabt zu haben, vom Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes gegenüber zwei Mitarbeitern seines Hauses getroffenen disziplinarischen Maßnahmen in Einklang bringen mit der Unterlassung solcher Maßnahmen gegenüber hochrangigen BND-Mitarbeitern, die nach Pressemeldungen in enger Zusammenarbeit mit der Illustrierten „Stern" das vom Staatssicherheitsdienst der DDR lancierte Material für die Verleumdungskampagne gegen den ehemaligen Quick-Redakteur Nouhuys aufbereitet haben?
52. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)	Hat der Präsident des Bundesnachrichtendienstes bereits Untersuchungen gegenüber jenem Angehörigen des Bundesnachrichtendienstes eingeleitet, der dem Redakteur des „Stern"-Artikels vom 5. November 1981, Seite 246, unter der Überschrift „Methusalems Ende", die Detailinformationen für diesen Artikel lieferte, und was hindert den Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, dem Informanten des „Stern"-Redakteurs mit Disziplinarmaßnahmen zu begegnen?
53. Abgeordneter **Breuer** (CDU/CSU)	Welche Personal-, Verteilungs- und Sachkosten verursachen die vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung herausgegebenen „Informationen der Bundesregierung für Arbeitnehmer – aus Bonn" im laufenden Haushaltsjahr, und welche diesbezüglichen Ausgaben sind für 1982 eingeplant?
54. Abgeordneter **Breuer** (CDU/CSU)	In welcher Auflagenzahl wird die „Information der Bundesregierung für Arbeitnehmer – aus Bonn" wie vielen Beziehern zugestellt, und welche Veränderungen werden nach der momentan laufenden Werbekampagne erwartet?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

55. Abgeordneter **Dr. Lammert** (CDU/CSU)

Treffen die in dem in der „ZEIT“ vom 12. November 1981 veröffentlichten „Brief eines Studenten aus Teheran über die Schreckensherrschaft des Chomeini-Regimes“ dargestellten Tatsachen (Verfolgung Jugendlicher, Denunziationsaufruf durch das Fernsehen, bisherige Anzahl der Todesopfer) nach Kenntnis der Bundesregierung zu, und welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung für sich oder andere Institutionen, der terroristischen Ausübung politischer Macht entgegenzuwirken und den betroffenen Menschen in irgendeiner Weise zu helfen?

56. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Trifft es zu, wie in der „Süddeutschen Zeitung“ und der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 23. November 1981 berichtet, daß die Bundesregierung mit der Rückkehr des bundesrepublikanischen Botschafters nach El Salvador zum 1. Dezember auch die Wiederaufnahme der Wirtschafts- und der Entwicklungshilfe erwägt, und wenn ja, was hat die Bundesregierung dazu bewogen, dies zum jetzigen Zeitpunkt, wo sich die innenpolitischen Auseinandersetzungen in dem mittelamerikanischen Staat zuspitzen, zu tun?

57. Abgeordneter **Catenhusen** (SPD)

Trifft es zu, wie in der „Süddeutschen Zeitung“ vom 23. November 1981 berichtet, daß die Bundesregierung den seit April vergangenen Jahrs nicht besetzten Botschafterposten in El Salvador ab 1. Dezember d. J. wieder besetzen wird, und wenn ja, welche Anhaltspunkte hat die Bundesregierung dafür, daß die im vergangenen Jahr für die Rückberufung von Botschafter Neukirch maßgeblichen Sicherheitsbedenken jetzt nicht mehr bestehen?

58. Abgeordneter **Meinike (Oberhausen)** (SPD)

Trifft es zu, wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 23. November 1981 berichtet, daß Bundesaußenminister Genscher bei einem Treffen am vergangenen Wochenende dem Außenminister von El Salvador in einem Gespräch zugesichert hat, daß die Bundesregierung wieder einen Botschafter in den mittelamerikanischen Staat entsenden wird?

59. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Haben deutsche Firmen und Eigentümer nach dem Sturz Kaiser Haile Selassies durch Enteignungsmaßnahmen Verluste erlitten?

60. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Falls deutsche Interessen betroffen werden, wie hat die Bundesregierung diese bisher vertreten, und wie reagiert sie auf die von der Times vom 15. September 1981 vermeldete Bereitschaft der äthiopischen Regierung, die Entschädigungsfragen zu regeln?

61. Abgeordneter **Dr. Feldmann** (FDP)

Welche Gründe haben die Bundesregierung bewogen, im Politischen Ausschuß der UNO-Vollversammlung gegen die Verurteilung des Ersteinsatzes von Kernwaffen „als schwerstes Verbrechen gegen die Menschheit“ zu stimmen?

62. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu, daß unmittelbar nach dem Besuch des Bundespräsidenten in Rumänien in Hermannstadt drei Personen verhaftet worden sind, die versucht hatten, persönlichen Kontakt mit ihm aufzunehmen, sowie, daß eine größere Zahl von Lehrern fristlos entlassen worden sind, die sich geweigert hatten, ihre Ausreiseanträge zurückzuziehen, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung bejahendenfalls aus diesem Verhalten rumänischer Behörden zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

63. Abgeordneter **Dr. Struck** (SPD)

Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung über rechtsradikale Aktivitäten der Nothilfetechischen Übungs- und Bereitschaftstaffel e. V., Bergen (Landkreis Celle), vor, und wie bewertet sie die Tätigkeit ihres Vorsitzenden Jürgens?

64. Abgeordneter **Dr. Struck** (SPD)

Kann die Bundesregierung Auskunft darüber geben, wie viele Jugendliche in dieser Gruppe Mitglied sind, und ob Berichte über sogenannte Ertüchtigungslager im Raum Meißendorf (Landkreis Celle) zutreffen?

65. Abgeordneter **Dolata** (CDU/CSU)

Worauf sind die innerhalb weniger Tage erfolgten unterschiedlichen Angaben der Bundesregierung über den 3,7 bzw. 0,45 prozentigen Anstieg der Geburtenrate in den ersten neun Monaten dieses Jahrs zurückzuführen?

66. Abgeordneter **Dolata** (CDU/CSU)

Wie viele von den zuletzt genannten 471 848 Lebendgeborenen sind Deutsche, und wie viele sind Kinder ausländischer Staatsangehöriger?

67. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welche Auswirkungen des neuen Konzepts der TA Luft nach dem Entwurf vom 10. September 1981 auf Genehmigungspraxis und Verwaltungsgerichtsbarkeit erwartet die Bundesregierung bei Genehmigungsverfahren für Großfeuerungsanlagen, insbesondere hinsichtlich der neue eingeführten unbestimmten Rechtsbegriffe zur Abgrenzung der zulässigen Emissions- und Immissionswerte?

68. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, vergleiche Stuttgarter Zeitung vom 23. November 1981, daß geltendes Datenschutzrecht die Verfolgung von Straftaten in der Praxis erheblich behindert und in einzelnen Fällen unmöglich macht, und welche Rechtsvorschriften des Bundes müssen gegebenenfalls nach Auffassung der Bundesregierung überprüft und geändert werden?

69. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Treffen Zeitungsmeldungen zu, daß die Botschaft der UdSSR dem Bundeskriminalamt eine oder mehrere Listen von ausländischen, insbesondere afghanischen Bürgern zugeleitet hat mit dem Ziel, deutsche Behörden zu veranlassen, diesen in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Afghanen die Teilnahme

an Demonstrationen aus Anlaß des Besuchs des Generalsekretärs der KPdSU zu untersagen, und was hat das Bundeskriminalamt gegebenenfalls mit solchen Listen unternommen?

70. Abgeordneter **Dr. Möller** (CDU/CSU)

Enthielt eine solche Liste auch den Namen des in Bonn tätigen Pfarrers Paulis Klavins?

71. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Dienststelle des Bundes hat das Ordnungsamt der Stadt Bonn veranlaßt oder die Empfehlung gegeben in die Menschenrechte des lettischen Pfarrers Paulus Klavins einzugreifen, dem das Ordnungsamt nach Pressemeldungen für die Dauer des Aufenthalts des sowjetischen Staatschefs Breschnew in der Bundesrepublik Deutschland ein Ausgangsverbot bzw. ein Hausarrestgebot auferlegt hat, und wie beurteilt die Bundesregierung diesen Vorgang?

72. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die mit der Erweiterung von Landessammelstellen in den meisten Bundesländern – z. B. auch in Hessen – zu Konditionierungs- und Behandlungsanlagen verbundene Problematik so komplex ist, daß nur über ein Planfeststellungsverfahren die sachgerechte, alle Einwendungen berücksichtigende Entscheidung über die Zulässigkeit denkbar erscheint, und beabsichtigt die Bundesregierung, das Atomgesetz in der jetzt gültigen Fassung vom 31. Oktober 1976 so zu ändern, daß die von den Bundesländern einzurichtenden Landessammelstellen (§ 9 a Abs. 3 des Atomgesetzes) auch von den Verfahren zur Planfeststellung für die Errichtung und den Betrieb von baulichen Anlagen nach diesem Gesetz erfaßt werden?

73. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung bisher aus der Erkenntnis gezogen, daß, wie sie in ihrer Antwort vom 24. Juli 1981 (Drucksache 9/693) auf meine diesbezügliche Frage mitteilte, durch den Bremsabrieb in den Automobilen rund 8 000 t Asbeststaub jährlich auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland unkontrolliert in die Umwelt freigesetzt werden, davon 13 t in seiner gesundheitsbedrohendsten Faserform, und das, obwohl alternative Techniken in Form von asbestfreien Bremsbelägen zur Verfügung stehen und solche laut Auskunft der Bundesregierung „auch schon bevorzugt in Fahrzeugen der Post und Polizei eingesetzt werden"?

74. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Liegen der Bundesregierung konkrete Zahlen vor, oder gibt es Schätzungen über die Zahl von durch den Bremsabrieb von asbesthaltigen Bremsbelägen an krebserkrankten Personen?

75. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um sicherzustellen, daß bei Demonstrationen eingesetzte Angehörige des Bundesgrenzschutzes, wie kürzlich bei der sogenannten Flughafendemonstration in Frankfurt, wehr- und hilflos am Boden liegende Demonstrationsteilnehmer gemäß den Gesetzen und Vorschriften behandeln?

76. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Verlauf der Vorbereitung der Aktion Besetzung des Flughafens Frankfurt/Main am Sonntag, dem 15. November 1981, japanische „Experten“, welche führend an den Besetzungsversuchen des neuen Tokioer Flughafens Narita mitgewirkt haben, von der Anarcho-Szene eingeflogen und zu Beratungen hinzugezogen wurden?

77. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß unter den polnischen Asylanten sich Mitglieder der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei befinden, die deswegen den Weg in die Bundesrepublik Deutschland genommen haben, weil sie befürchten müssen, in der Volksrepublik Polen für ihre bisherigen Handlungen zur Rechenschaft gezogen zu werden?

78. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Welchen Stand haben die Bemühungen der Bundesregierung, die Bundesländer zu bitten, die auf der Cap Anamur befindlichen Flüchtlinge aufzunehmen?

79. Abgeordneter **Neumann (Bramsche)** (SPD)

Wie stellt sich die Bundesregierung zu dem Vorschlag des Deutschen Komitee Not-Ärzte e. V., die Cap Anamur für die Dauer der aus Spendenmitteln finanziell abgesicherten Zeit von fünf Monaten weiter Flüchtlinge retten zu lassen?

80. Abgeordneter **Schreiner** (SPD)

Gedenkt die Bundesregierung, mein am 26. Oktober 1981 an Bundesminister Baum gerichtetes Schreiben bezüglich des Kernkraftwerks Cattenom zu beantworten, und wenn ja, ist die Bundesregierung mit mir der Auffassung, daß die im Umkreis des Kernkraftwerks liegenden Gemeinden auf deutscher Seite wegen der Sicherheits- und Umweltbedingungen ebenfalls um ein Votum zu ersuchen sind und daß das Ergebnis bei der endgültigen Entscheidung durch die französische Regierung zu berücksichtigen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

81. Abgeordneter **Lambinus** (SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß die Gründung von „Bürgerwehren“, wie z. B. in Bremen, dem Straftatbestand der Bildung einer kriminellen bzw. terroristischen Vereinigung gleichzustellen ist, und beabsichtigt die Bundesregierung, den Generalbundesanwalt gegebenenfalls anzuweisen, die Gründung derartiger „Bürgerwehren“ strafrechtlich zu verfolgen?

82. Abgeordneter **Poß** (SPD)

Gibt es nach der geltenden Rechtslage eine Möglichkeit, mit verbraucherschützenden Maßnahmen gegen die Anbieter sogenannter Patentsysteme beim Zahlenlotto vorzugehen, und wenn nein, sieht die Bundesregierung hierin eine Lücke, die geschlossen werden muß?

83. Abgeordneter **Gilges** (SPD)

Kann die Bundesregierung mitteilen, wann sie, wie es der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesinnenminister, von Schoeler, in der Fragestunde des Deutschen Bundestages vom 25. November 1981 andeutete, einen Gesetzentwurf dem Parlament vorlegen wird, der die Gesetzeslücken, die bei der Verfolgung neonazistischer Aktivitäten aufgetreten sind, schließt?

84. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung die Zulässigkeit von Mietpreisgleitklauseln, etwa entsprechend § 9 a der Erbbaurechtsverordnung, im Hinblick auf die Erzielung einer hinreichenden Wirtschaftlichkeit anstelle der beabsichtigten Staffelmiete für sinnvoll?

85. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag des Bundeswirtschaftsministers vom 16. November 1981, „das Vergleichsmietensystem dadurch zu verbessern, daß als Nachweis auch – jedenfalls zum Teil – Mieten aus dem eigenen Bestand herangezogen werden können"?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

86. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, sich bei eventuellen Neuverhandlungen mit der DDR auf die Vereinbarung von 1974 zu beziehen und dementsprechend den Swing (derzeitige Obergrenze 850 Millionen DM) auf 200 Millionen DM pro Jahr zurückzuführen?

87. Abgeordneter **Dr. Langner** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die Auffassung der Deutschen Bundesbank bekannt, die ab nächstem Jahr nur noch eine zinslose Kreditlinie in Höhe von 200 Millionen DM einräumen will, und wie stellt sie sich zu dieser Absicht der Deutschen Bundesbank?

88. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Wird derzeit mit der DDR über eine Neuregelung des Ende Dezember diesen Jahrs auslaufenden Swing-Abkommens verhandelt?

89. Abgeordneter **Dr. Sprung** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß auf Grund der Vereinbarung aus dem Jahr 1974 bei Nichtzustandekommen einer Neuregelung der Swing mit dem Beginn des Jahrs 1982 wieder auf die Höhe von 200 Millionen DM pro Jahr zurückgeführt wird?

90. Abgeordneter **Dr. Lammert** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung aktuelle Überlegungen, die Kapitalanteile von Krupp und Hoesch an der Ruhrkohle-AG der VEBA zu übertragen, und welche Folgen erwartet sie gegebenenfalls für die Beteiligungen anderer Stahlunternehmen sowie die dadurch präjudizierten Eigentumsverhältnisse nach Auslaufen des gegenwärtigen Hüttenvertrags?

91. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Auf welcher Grundlage beruht die in einer vom Bundeswirtschaftsminister im September dieses Jahrs herausgegebenen Informationsbroschüre enthaltene Aussage, wonach der handwerkliche Befähigungsnachweis durch Ablegen der Meisterprüfung erworben wird?

92. Abgeordneter **Jaunich** (SPD)

Wie hoch war die Auflage dieser Informationsbroschüre, und welcher Empfängerkreis soll damit im wesentlichen angesprochen werden?

93. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Sieht sich die Bundesregierung in Kenntnis der Veröffentlichung des Kieler Instituts für Agrarpolitik und Marktlehre, in der festgestellt wird, daß die Inlandspreise bei Stickstoffdünger 1981 um 56 bis 99 v. H. über dem Exportpreis lagen, veranlaßt, die in ihrer Antwort auf meine Schriftliche Anfrage 16 vom 5. Oktober 1981 (Drucksache 9/893) vertretene Auffassung zu revidieren, zwischen deutschem Inland und dem Ausland seien Preisdifferenzen bei Stickstoffdünger kaum vorhanden?

94. Abgeordneter **Michels** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Europäische Kommission die von Bund – Länder genutzten fünf Indikatoren zur Neubesteuerung der Fördergebiete im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe nicht gelten lassen will?

95. Abgeordneter **Michels** (CDU/CSU)

Wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung im Interesse der ausgewiesenen Fördergebiete?

96. Abgeordneter **Dr. Kübler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die energiepolitischen und ebenso die wirtschaftlichen Vorteile des Einsatzes von Flüssiggas als alternativen Betriebsstoff im privaten Personen- und Nutzkraftfahrzeugverkehr, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung im Fall positiver Beurteilung, den Einsatz von Flüssiggas – gegebenenfalls auch steuerlich – zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

97. Abgeordneter **Dr. Feldmann** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AgV), daß die Verwirklichung des Kommissionsvorschlags zur Änderung der EG-Obst- und Gemüsemarkt-Verordnung [Kom. (81) 403 endg. vom 14. Oktober 1981] zu einer Ausweitung und Verschärfung der Interventionspraktiken und zu tendenziell höheren Preisen führen würde und daß damit in der Gemeinschaft auf lange Sicht für die „Mittelmeerprodukte" eine ähnlich kostspielige Entwicklung, wie beispielsweise bei Milchprodukten, eingeleitet wird?

98. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun anläßlich der Tatsache, daß die EG-Kommission die Verpflichtung durch den Ministerrat offensichtlich nicht ernst nimmt, für einen schnelleren Abbau der niederländischen Erdgassondertarife im Gartenbau zu sorgen, in dem sie der niederländischen Regierung weitere großzügige Fristen gewährt und damit dem deutschen Gartenbau auch im Winter 1981/82 erhebliche Einkommensverluste zumutet?

99. Abgeordneter **Herkenrath** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung noch im Frühjahr 1981 die Verwendung des Unkrautvernichtungsmittels 2, 4, 5-T als unbedenklich bezeichnete, während das Bundesgesundheitsamt und die Biologische Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft nun beabsichtigen, die Zulassung für Oktober 1982 aufzukündigen, und was sind zutreffendenfalls die Gründe für dieses widersprüchliche Verhalten?

100. Abgeordneter **Herkenrath** (CDU/CSU)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß unsere Bürger objektiv und umfassend über wissenschaftliche Erkenntnisse und Forschungsergebnisse der Untersuchungen von Wirkungen chemischer Mittel in Land-, Garten- und Forstwirtschaft informiert werden sollten, damit sich der Verbraucher selbst ein Urteil bilden kann, und glaubt sie, daß im oben genannten Fall so verfahren wurde?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

101. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Gibt es den Entwurf einer Bundeshygieneverordnung, die im Endergebnis bewirkt, daß Bäcker und Fleischer ihre Erzeugnisse nicht mehr mit den Händen berühren dürfen und daß jeder Lebensmittelladen während der gesamten Ladenöffnungszeit zumindest mit zwei Personen zu besetzen ist, weil die gleichzeitige Abgabe von Lebensmitteln und das Kassieren von Geld durch eine Person nicht mehr zulässig sein wird?

102. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, die Erstellung und Veröffentlichung von Entwürfen zu Gesetzen und Verordnungen zu vermeiden, die von offenbar weltfremden Vorstellungen ausgehen und die die wohlwollenden Verfasser daher der Lächerlichkeit preisgeben?

103. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

In wieviel Fällen wird die Tagesmütteridee bei Förderung aus öffentlichen Kassen des Bundes im Pflegekinderwesen umgesetzt, und laufen weiter die Tagesmütterarbeit begleitende Forschungsprojekte?

104. Abgeordneter **Rapp (Göppingen)** (SPD)

Sind die Forschungsergebnisse zum Tagesmüttermodell durch die Modellversuche bestätigt worden, und wie werden – gegebenenfalls – die Ergebnisse dieser Forschung den weiterhin bestehenden Tagesmüttereinrichtungen zur Kenntnis gebracht?

105. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung die Praxis vieler Pharmakonzerne bekannt, frei praktizierenden Ärzten und Krankenhäusern kostenlose Präparate als Ärztemuster zur Verfügung zu stellen, die schon seit langen Jahren in Gebrauch sind, und sieht die Bundesregierung in diesem Verhalten der Pharmakonzerne eine wirtschaftliche Beeinträchtigung der schon jetzt am Rande des Existenzminimums stehenden vielen Apotheken, die Anlaß sein sollte, in diesem Bereich legislativ tätig zu werden?

106. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die vom Bundesrat vorgesehene Streichung des § 43 Abs. 2 des Bundessozialhilfegesetzes und die damit verbundene Benachteiligung behinderter Kinder zu verhindern?

107.	Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Hat die Bundesregierung Schritte gegen die vom Bundesrat erwogene Streichung des 1979 in Kraft getretenen Unterhaltsvorschußgesetzes unternommen, und wie beurteilt sie die Chancen für einen Ausbau der altersmäßigen Voraussetzungen für Vorschußleistungen an Kinder bis zum 12. Lebensjahr?
108.	Abgeordneter **Herberholz** (SPD)	Sieht sich die Bundesregierung durch die Tatsache, daß sich Bürger der Bundesrepublik Deutschland ihren Wunsch nach einem Kind unter Umgehung der zuständigen Behörden im Ausland (Südostasien und Südamerika) erfüllen, indem sie unter Ausnutzung der schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse ein Kind dort käuflich erwerben, veranlaßt, die geltenden Rechtsvorschriften daraufhin zu prüfen, ob sie zur Unterbindung derartiger Geschäfte verbesserungsbedürftig sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

109.	Abgeordneter **Dörflinger** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung verbindliche Angaben darüber machen, wie viele Bezieher von Wohngeldleistungen zugleich Sozialhilfeempfänger sind, und besitzt sie Informationen darüber, welche Verwaltungskosten beim Ermitteln der Wohngeldleistungen für Sozialhilfeempfänger entstehen?
110.	Abgeordneter **Dörflinger** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, eine Verwaltungsvereinfachung in der Weise anzustreben, daß bei Sozialhilfeempfängern künftig auf die separate Berechnung des Wohngelds verzichtet werden kann, da es sich bei Wohngeld für Sozialhilfeempfänger weitgehend um einen internen Rechnungsposten handelt?
111.	Abgeordneter **Dr.-Ing. Kansy** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, in Gebieten mit Baulandknappheit eine Mobilisierung von Bauland auch dadurch vorzunehmen, daß die sogenannte rückwärtige Bebauung bei entsprechend großen Grundstücken erleichtert wird?
112.	Abgeordneter **Dr.-Ing. Kansy** (CDU/CSU)	Könnte die Bundesregierung in Anbetracht hoher Bau- und Erschließungskosten den Gemeinden empfehlen, in diesem Zusammenhang auf neue Erschließungsstraßen zu verzichten, wenn privatrechtlich die Zufahrt über das Vordergrundstück gesichert ist und die Ver- und Entsorgungsleitungen wegen des geringeren Pro-Kopf-Wachstums und geringerer Häuserbelegung ausreichend sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

113.	Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)	Trifft es zu, daß — wie in der Presse berichtet — in den frühen Morgenstunden des 22. November 1981 einem 28jährigen Hauptmann der „DDR"-Grenztruppen die Flucht in die Bundesrepublik Deutschland gelang?

114. Abgeordneter
Dr. Voss
(CDU/CSU)

Hat die „DDR“ diese Flucht zum Anlaß genommen, bei der Bundesregierung um eine Gesprächserlaubnis mit dem Geflüchteten nachzusuchen, und wie hat die Bundesregierung gegebenenfalls darauf reagiert, oder wie gedenkt sie darauf zu reagieren, falls die „DDR“ den Gesprächswunsch noch äußern sollte?

115. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)

Befindet sich der 28jährige Hauptmann der Grenztruppen der „DDR“, der am 22. November 1981 über die innerdeutsche Demarkationslinie aus der „DDR“ nach Niedersachsen geflohen ist (vgl. Die Welt vom 23. November 1981), noch auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland?

Bonn, den 27. November 1981

Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Telefon (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0172-6838